

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Staatssekretär Bernd Sibler

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Bernhard Roos

Abg. Hans Ritt

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Verena Osgyan

Abg. Josef Zellmeier

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 c** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über den "Technische Universität München - Campus Straubing für

Biotechnologie und Nachhaltigkeit"

(Campus-Straubing-Gesetz - CSG) (Drs. 17/16132)

- Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird von Herrn Staatssekretär Sibler begründet. Bitte sehr.

Staatssekretär Bernd Sibler (Kultusministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Mit der Entscheidung für den weiteren Ausbau des derzeitigen Wissenschaftszentrums für nachwachsende Rohstoffe in Straubing hat die Bayerische Staatsregierung im Dezember 2015 die Weichen für eine nachhaltige Stärkung und fachliche Profilierung des Standortes Straubing gestellt. Wir haben auch die notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt, um die Dinge vernünftig und konstruktiv begleiten zu können.

Das Studienangebot wird in den kommenden Jahren deutlich ausgeweitet. Zukunftsweisende Studiengänge kommen als neue Angebote hinzu. Straubing hat sich auf dem Themenfeld der nachwachsenden Rohstoffe einen hervorragenden Namen in der Community gemacht. Das passt auch sehr gut in eine Region wie Niederbayern, die agrarisch geprägt ist. Jetzt haben wir dieses Angebot erweitert um beispielsweise die chemische Biotechnologie und Bioökonomie. Insgesamt soll dieser Standort auf etwa 1.000 Studienplätze anwachsen.

Im Zuge dieser Änderungen ist es nun notwendig, die Rechts- und Organisationsformen zu überprüfen, um letztlich die neuen Aufgaben in Forschung und Lehre auch entsprechend abbilden zu können. Wie bekannt, ist Straubing eine hochschulübergreifende wissenschaftliche Einrichtung unter Mitwirkung von sechs Hochschulen. Damit wird sehr schnell deutlich, dass hier momentan ein sehr komplexes und aufwendiges

Abstimmungsverfahren gegeben ist. Das wird in Zukunft so nicht mehr ausreichend sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Bayerische Staatsregierung beabsichtigt deshalb, eine Hochschuleinrichtung in der Trägerschaft der Technischen Universität München – TUM – zu errichten. Durch das vorgeschlagene Gesetz wird der Standort Straubing ein integratives Forschungszentrum der Technischen Universität München. Die wissenschaftliche Verantwortung für Forschung und Lehre wird damit auf die TU München übertragen. Der Name soll dann lauten, und der ist mit den Leuten vor Ort abgesprochen: "Technische Universität München – Campus Straubing für Biotechnologie und Nachhaltigkeit". Dieser Campus soll mit fakultätsähnlichen Rechten ausgestattet werden. Damit wäre dann auch die akademische Eigenständigkeit gewährleistet. Das heißt ganz konkret, dass der Campus selbstständig neben den Fakultäten der TU München stehen soll. Er ist unmittelbar der Hochschulleitung zugeordnet. Der Campus verantwortet sein eigenes Studienangebot, ohne dass eine Fakultät der TUM mitwirken müsste. Er bekommt auch das Königsrecht aller universitären Einrichtungen, nämlich das Promotionsrecht. Straubing soll damit seine eigenen Doktoranden bekommen. Die Studentinnen und Studenten werden Studierende der TU.

Meine Damen und Herren, wir schlagen in diesem Gesetzentwurf vor, dass die Hochschule Weihenstephan-Triesdorf – HSWT –, die sich in der historischen Entwicklung des Standortes Straubing ganz hervorragende Verdienste erworben hat, eine privilegierte Partnerschaft bekommt. Dazu, wie diese ausgestaltet wird, finden derzeit Gespräche zwischen der TUM und der HSWT statt. Schließlich war die HSWT das zweite Gründungsmitglied neben der TUM und hat am Erfolg des Wissenschaftsstandortes Straubing in herausragender Art und Weise Anteil. Weitere Hochschulen können, wenn sie wollen, im Rahmen von Hochschulkooperationen an Forschung und Lehre selbstverständlich mitarbeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für den Standort Straubing hätte die gewählte Organisationsform uneingeschränkt Vorteile. Straubing würde neben München,

Garching und Weihenstephan vierter Standort der Exzellenz- und Eliteuniversität TU München, die weltweit bekannt ist. Davon könnte der Standort Straubing ganz besonders profitieren. Straubing wird zur Universitätsstadt. Die Einrichtung profitiert natürlich auch von der Marke TU München und kann zugleich an die erfolgreiche Arbeit des bisherigen Wissenschaftszentrums anknüpfen.

Eine klare Rechtsform und die Zuordnung der Einrichtung zur TUM ist für Studieninteressierte attraktiv und für die Gewinnung herausragender Akademikerinnen und Akademiker ganz entscheidend. Für Professorinnen oder Professoren, die sich für einen solchen Standort entscheiden wollen, kommt es doch darauf an, welches Image, welchen Ruf und welchen Leumund in der wissenschaftlichen Community eine solche Einrichtung hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Überlegungen, die Grundlage für den Gesetzentwurf sind, sind mit den Entscheidungsträgern aus Straubing und der ganzen Region intensiv besprochen worden. Dort findet unser Vorschlag volle Zustimmung. Die Kollegen Ritt und Zellmeier werden es in ihren Reden vermutlich bestätigen. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit dem Gesetzentwurf einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung des Standortes Straubing und damit natürlich auch des Wissenschaftsstandortes Bayern leisten werden. Besonders bemerkenswert ist, dass wir damit an ein absolutes Profil der Region anknüpfen können, nämlich an die Landwirtschaft, und dass wir dieses Profil in den modernen Forschungsbereichen fortführen können. Das ist bayerische Wissenschaftspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Der nächste Redner ist Kollege Roos. Bitte schön, Herr Roos.

Bernhard Roos (SPD): Verehrte Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatssekretär Sibler, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! In der Tat ist es eine sehr positive Entwicklung für den Wissenschaftsstandort Niederbayern und Ostbayern, wenn eine wei-

tere Evolutionsstufe erklommen wird, indem das Wissenschaftszentrum Straubing im Kompetenzzentrum für Nachwachsende Rohstoffe zur universitären Einrichtung "Technische Universität München – Campus Straubing für Biotechnologie und Nachhaltigkeit" wird. Grundlage dafür ist das CSG, das Campus-Straubing-Gesetz, das Kollege Bernd Sibler gerade vorgestellt hat. Wir unterstützen grundsätzlich diesen Weg nach oben. Ich darf daran erinnern, dass mein Kollege Reinhold Perlak, der Alt-Oberbürgermeister der ehrwürdigen Forschungsstadt Straubing, diese Einrichtung seit Jahrzehnten gefordert hat. Er wird sicher nichts dagegen haben, dass aus dem Hochschulstandort Straubing nun ein Universitätsstandort Straubing wird.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Hans Ritt (CSU))

Ich darf auch daran erinnern, dass Reinhold Perlak als Techniker immer die Vernetzung zwischen Forschung, Wissenschaft und der Wirtschaft seiner Heimatstadt gefordert hat. Er hat dafür gesorgt, dass am Donauhafen Straubing-Sand Unternehmen angesiedelt wurden, die sich mit der Forschung über nachwachsende Rohstoffe, nämlich mit der Substituierung fossiler Kraftstoffe zum Beispiel durch strohbasierete Kraftstoffe beschäftigen. Das war visionär, und diese Vision wird jetzt zur Realität. Dazu gratuliere ich nachträglich meinem jetzt sich im verdienten Ruhestand befindenden Kollegen Reinhold Perlak.

Eine zweite Mandatsträgerin in Niederbayern strebt etwas Ähnliches an. Ich möchte nicht darauf verzichten, die Kollegin Johanna Werner-Muggendorfer aus Kelheim zu erwähnen. Kelheim möchte ebenfalls eine universitäre Einrichtung für Fibre-, also Fasertechnologie. Der TU-Präsident war auch schon mehrfach vor Ort. Das wäre eine Aufwertung dieser Region.

Zurück aber zum Thema im engeren Sinn. Die Exzellenzuniversität TU München und die Hochschule Weihenstephan-Triesdorf bieten einen riesigen Rahmen. Beide sollen Mitglieder des Campus Straubing werden. Damit werden aber von den ehemals sechs beteiligten Hochschuleinrichtungen vier außen vor gelassen. Unberücksichtigt bleiben

nämlich die Universität Regensburg, die OTH Regensburg, die Technische Hochschule Deggendorf und die Hochschule Landshut. Ich gebe zu bedenken, dass man diese vier Hochschulen im Sinne einer privilegierten Partnerschaft einbeziehen und ihnen nicht nur anbieten sollte, sie könnten kooperieren, wenn sie es wollen. Was die von mir genannten vier ostbayerischen Hochschulen zur Entwicklung des Standorts Straubing beigetragen haben, ist mindestens vergleichbar mit dem, was die TU München geleistet hat. Insofern sollte nicht mit unterschiedlichem Maß gemessen werden, sondern eine zukunftsorientierte Konstellation unter Einbeziehung der angesprochenen vier Hochschulen geschaffen werden.

Als Organe des Zentrums sind – und das ist schon ein Treppenwitz, dass dabei sämtliche ostbayerischen Hochschulen ferngehalten werden – der Rektor und der Institutsrat vorgesehen. Der Institutsrat soll einem Fakultätsrat vergleichbar sein. Nach den Äußerungen des Landesverbandes der Wissenschaftler in Bayern ist in der vorgeschlagenen Konstellation der wissenschaftliche Mittelbau jedoch unterrepräsentiert. Der Anteil des Mittelbaus in diesem Institutsrat sinkt nämlich von 13,3 %, wie es bei einem Fakultätsrat üblich ist, auf 8,3 %. Das ist nicht gerechtfertigt. Gleiches gilt für die sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universität. Im Gegenzug erhöht sich natürlich das Gewicht der Professorenschaft. Darüber kann man trefflich streiten. Der Landesverband der Wissenschaftler schlägt vor, dass wir in der Anlaufphase eine Halbierung von Professoren und Mittelbau vornehmen, dass also die Gewichtung nicht verändert wird.

Ich darf noch darauf verweisen, dass das Promotionsrecht ein absolutes Positivum ist. Die Kritikpunkte, die ich genannt habe, sollen nicht das gesamte Projekt infrage stellen. Wir stehen absolut hinter diesem Projekt. So hat sich auch mein Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher geäußert. Diese neue Einrichtung ist eine absolut korrekte und begrüßenswerte Fortsetzung der niederbayerischen Erfolgsgeschichte in der Hochschullandschaft.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Kollege.

Bernhard Roos (SPD): Nur noch eine letzte Bemerkung. Lieber Bernd Sibler, du weißt, dass die Sozialdemokraten für Bayern die verfasste Studierendenschaft fordert.

(Beifall der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Bayern ist das letzte Land, das keine verfasste Studierendenschaft hat.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kommen Sie jetzt bitte zum Schluss, Herr Kollege.

Bernhard Roos (SPD): Auch das müssen wir einführen, und zwar nicht nur in Straubing, sondern in ganz Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Roos. – Nächster Redner ist der Kollege Ritt. Bitte schön.

Hans Ritt (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Seit 1998 werden alle in Bayern stattfindenden Aktivitäten rund um das Thema nachwachsende Rohstoffe in Straubing forciert und gebündelt. Die Gründung einer Hochschuleinrichtung am Standort Straubing mit diesem Themenschwerpunkt wurde von der Bayerischen Staatsregierung im selben Jahr beschlossen. Das Wissenschaftszentrum Straubing, das zugleich Teil des international agierenden Kompetenzzentrums für Nachwachsende Rohstoffe ist, wurde dabei zunächst als hochschulübergreifende wissenschaftliche Einrichtung errichtet. Diesem Kompetenzzentrum haben zuletzt sechs Hochschulen, die Technische Universität München, die Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, die Universität Regensburg, die Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg, die Technische Hochschule Degendorf und die Hochschule Landshut, angehört. Die bisherige Organisationsform ist für die angestrebte fachlich-wissenschaftliche Weiterentwicklung der Einrichtung jedoch nicht mehr angemessen. Das betrifft vor allem den nachhaltigen Ausbau des

Studienangebots am Standort Straubing und den damit verbundenen personellen Ausbau.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll der "Technische Universität München – Campus Straubing für Biotechnologie und Nachhaltigkeit" als integratives Forschungszentrum der TU München errichtet werden. Diese neue Rechts- und Organisationsform ist geeignet, um die Einrichtung zu einem für Wissenschaftler und Studierende attraktiven Zentrum auf dem Gebiet der nachwachsenden Rohstoffe zu machen. Zugleich lässt sie erwarten, dass der Standort Straubing insgesamt weiterentwickelt wird und zusätzliche Strahlkraft entwickeln kann.

Als örtlichem Mandatsträger ist mir eine solche Entwicklung ein besonderes, vor allem persönliches Anliegen. Dass dies überhaupt möglich ist, haben wir unserer Staatsregierung, vor allem unserem Ministerpräsidenten Horst Seehofer mit seiner Zusage aus dem Jahr 2015, zu verdanken. Ministerpräsident Seehofer gilt dafür mein besonderer Dank.

Zugleich darf ich meiner Fraktion danken, die die dazu notwendigen finanziellen Mittel bewilligt und zur Verfügung gestellt hat.

Danken möchte ich auch Herrn Staatssekretär Bernd Sibler. Er hat in zahlreichen Gesprächen mit den Hochschulen viel dazu beigetragen, dass das Konzept heute steht. Dafür ein herzliches "Vergelts Gott", lieber Bernd.

Nachwachsende Rohstoffe und der vorausschauende Umgang mit den Ressourcen der Natur stehen ganz im Bewusstsein einer modernen Innovationsgesellschaft. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Staatsregierung werden die vielfältigen Bemühungen der Straubinger Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen gewürdigt und gemäß ihrer gesamtgesellschaftlich außergewöhnlichen Wertigkeit hervorgehoben.

Ich bitte daher um die Verweisung in den zuständigen Ausschuss für Wissenschaft und Kunst. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Ritt. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Prof. Dr. Piazolo. Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir FREIEN WÄHLER freuen uns, dass der Wissenschafts- und Studienstandort Straubing aufgewertet wird. Wir FREIEN WÄHLER stehen für die gleichwertigen Lebensverhältnisse in allen Regionen Bayerns. Wenn man sich die Zahlen anschaut, gerade von Niederbayern, kann man feststellen, dass über Jahre hinweg das Verhältnis der Einwohnerzahl zu der der Studienplätze unterproportional war. Insofern ist es Zeit, endlich auch in dieser Richtung etwas zu tun.

Wie gesagt: Wir finden es gut, dass Straubing als Hochschulstandort die notwendige Aufwertung erfahren hat. Worüber wir hier aber reden, ist das Gesetz. Es stellt sich zum einen die Frage – da habe ich noch keine Begründung gehört, auch nicht vom Staatssekretär –, warum es eines Gesetzes bedarf, warum man es nicht anders machen kann. In der Begründung steht zwar, eine Verordnung sei nicht zielführend. Nirgendwo steht aber, warum nicht. Darüber wird man im Ausschuss sicherlich noch reden müssen.

Vielleicht auch noch über den Namen. Wenn da steht "Technische Universität München – Campus Straubing", ist das vielleicht etwas zu wenig. Man könnte sich überlegen, das etwas aufzuwerten, gerade für die Straubinger. Aber das ist nur eine Überlegung, die mir durch den Kopf gegangen ist, worüber wir uns im Ausschuss sicherlich noch intensiver Gedanken machen können.

Ich will noch auf zwei Punkte eingehen, die ich mir ebenso wie Kollege Roos notiert habe. Der eine betrifft die Kooperationspartner. Wenn sechs Kooperationspartner aktiv sind und etwas auf den Weg bringen, sich im Gesetz jetzt aber nur noch zwei finden und vier nicht mehr, muss man sich zumindest fragen, warum. Das mag richtig und

auch so abgesprochen sein. Es kann aber auch sein – von einigen Seiten hat man da zumindest ein Grummeln gehört –, dass man es sich vielleicht etwas anders wünscht. Aber darüber werden wir uns noch unterhalten. Auch da würde ich mich ganz gerne überzeugen lassen wollen.

Beim zweiten Punkt brauche ich mich nicht überzeugen zu lassen, sondern da habe ich schon eine Überzeugung, nämlich was die Beteiligung des Mittelbaus und der Studierenden anbetrifft. Es kann nicht sein, dass durch ein neues Gesetz Rechte der Studierenden und des Mittelbaus, die es an allen anderen Einrichtungen in Bayern gibt, durch die Hintertür geschmälert werden. Dagegen werden wir uns entschieden wehren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Studierende sind Mitglieder der Hochschule, ähnlich wie der Mittelbau. Sie jeweils nur zu 8 % zu beteiligen, wie es vorher schon ausgerechnet und genannt wurde, ist einer so wichtigen Einrichtung, glaube ich, nicht angemessen. Dazu werden wir uns im Hochschulausschuss sicherlich noch austauschen und fragen, was der Hintergrund gewesen ist, ob das Absicht war und warum und wie lange.

Ich hätte mir auch gewünscht, dass man vielleicht noch die eine oder andere Zielrichtung oder einen Inhalt ins Gesetz schreibt.

Es ist ein sehr technisches Gesetz. Aber auch das hindert uns nicht daran, einem solchen Gesetz grundsätzlich zuzustimmen, wenn vielleicht das eine oder andere, gerade was die Beteiligung von Studierenden anbetrifft, ausgeräumt wird.

Ich will aber doch noch einmal die positiven Aspekte in den Vordergrund stellen: Das ist die Stärkung des Hochschulstandortes Straubing, das ist die Stärkung der Region, das ist in dem Fall die Stärkung Niederbayerns, aber auch, dass Bayern in der Hochschullandschaft insgesamt noch differenzierter aufgestellt wird. All das sind Punkte, die uns FREIEN WÄHLERN seit langer Zeit am Herzen liegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen auch die Regionen stark machen und die Möglichkeit geben, vor Ort zu studieren, nicht nur in den Zentren. Die Staatsregierung geht damit einen richtigen Weg, den haben wir schon lange gefordert. Insofern ist unsere Grundstimmung positiv.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Piazzolo. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Osgyan. Bitte schön.

Verena Osgyan (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal möchte ich allen Straubingern und Straubingerinnen ganz herzlich zur Universitätsstadt gratulieren. Immerhin wird dort schon seit 1998 an erneuerbaren Rohstoffen geforscht. Das Ganze zu verstetigen, liegt in unser aller Interesse. Insofern können wir den Gesetzentwurf grundsätzlich begrüßen.

Dazu, dass statt des bisherigen Forschungsverbunds jetzt die Technische Universität München Träger ist, wurde schon einiges gesagt. Natürlich erhoffen wir uns, dass auch die Sichtbarkeit der anderen beteiligten Hochschulen weiterhin gewährleistet ist. Insgesamt ist die Verstetigung aber ein richtiger Schritt, und vor allem aus Sicht der GRÜNEN ist es ein richtiges Signal, zu zeigen, dass Biotechnologie und nachhaltige nachwachsende Rohstoffe der Forschung bedürfen.

Kolleginnen und Kollegen, Deutschland wird 2020 wiederum sein Klimaziel verfehlen. Deshalb ist es wichtig, mehr Geld in die Arbeit mit nachwachsenden Rohstoffen zu stecken. Ich würde mir allerdings wünschen, dass es hierbei nicht nur um Leuchtturmprojekte wie in Straubing geht, sondern dass wir das auch flächendeckend mehr in die universitäre Hochschullandschaft einbringen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich vermisse ein Gesamtkonzept der Staatsregierung, wohin wir wollen, wie das Ganze aufgestellt sein kann, und zwar nicht nur zur Forschung an nachhaltigen Rohstoffen und erneuerbaren Energien. Das gilt für die Hochschulentwicklung insgesamt. Wir erleben in den letzten Jahren, dass immer mehr Standorte gegründet werden und Ausgliederungen stattfinden. Gleichzeitig möchten wir in die Exzellenz investieren. Mir fehlt der übergeordnete Plan, wie wir beides erreichen können.

Um das noch einmal darzustellen: Der Standort Straubing ist sinnvoll, wir begrüßen das. Wir brauchen an der Stelle aber noch mehr, damit wir sinnvolle Entwicklungsperspektiven für die Regionen, aber auch für unsere Wissenschaftslandschaft finden. Bei der Hochschulentwicklung ist selbstverständlich nicht nur die Staatsregierung, sondern sind auch die Hochschulen und die Hochschulstandorte selbst gefordert.

Vorhin wurde es schon mehrfach angesprochen: In den Gremien der akademischen Selbstverwaltung brauchen wir eine angemessene Repräsentanz aller Statusgruppen, um die Entwicklung für die Studierenden und die Lehrenden sowie für die Standorte von innen heraus beeinflussen zu können. Ich verstehe deshalb nicht, warum mit dem Gesetzentwurf der wissenschaftliche Mittelbau und die Studierenden im Institutsrat gegenüber den Fakultätsräten plötzlich weniger repräsentiert sein sollen. Sie schreiben im Gesetzentwurf selber: "Die für Fakultäten geltenden Vorschriften finden auf das Zentrum entsprechende Anwendung...".

Ich würde mir wünschen, dass das auch an dieser Stelle geschieht. Mir erschließt sich nicht, warum der wissenschaftliche Mittelbau und die Studierenden nur noch einen Vertreter bzw. eine Vertreterin stellen sollen. Das ist einfach ein Weniger an Demokratie und ein Weniger an Mitbestimmung, und das sollten wir auf jeden Fall noch korrigieren. Ich glaube, dass es gerade für Studieninteressierte und Studierende sehr attraktiv ist, einen TU-Abschluss erwerben zu können. Ich denke, das ist auch einer der Gründe dafür, dass dort die Federführung liegt. Ich möchte das gar nicht bewerten; es ist allein schon aus Marketinggründen positiv zu sehen. Trotz alledem ist es wichtig,

dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Studierenden im gleichen Umfang mitbestimmen können wie bei ihrer Mutterhochschule.

Ich fasse zusammen. Wir haben dazu einen Änderungsantrag ins Verfahren eingebracht, und ich würde mich freuen, wenn es im laufenden Verfahren noch zu Korrekturen kommen könnte. Wagen Sie ein bisschen mehr Demokratie, auch in Straubing.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Osgyan. – Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Zellmeier das Wort. Bitte schön, Herr Zellmeier.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein guter Tag für meinen Stimmkreis, für die Region Straubing-Bogen, für die Stadt Straubing und für den Landkreis Straubing-Bogen. Ich möchte mich den Worten meiner Vorredner, die ja alle die Schaffung des TU-Campus Straubing gewürdigt haben, und insbesondere den Worten meines Kollegen Hans Ritt anschließen. Wir haben gemeinsam mit Oberbürgermeister Markus Pannermayr und Landrat Josef Laumer Schulter an Schulter dafür gekämpft, dass wir diese hochwertige Universitätseinrichtung in unserer Region bekommen. Ich möchte auch noch den Dank an unseren Ministerpräsidenten Horst Seehofer, der das massiv vorangetrieben hat, an den zuständigen Minister Ludwig Spaenle und an den zuständigen Staatssekretär Bernd Sibler betonen. Lieber Bernd, herzlichen Dank für die Unterstützung. Ich danke aber auch dem TU-Präsidenten Wolfgang Herrmann, der uns wirklich großartig unterstützt hat und der das Konzept mitgetragen und mitentworfen hat. Darüber hinaus gilt mein Dank nicht nur unserem Oberbürgermeister Markus Pannermayr, sondern auch seinem Vorgänger Reinhold Perlak, der ebenfalls immer gemeinsam mit uns parteiübergreifend gekämpft hat; Bernhard Roos hat es zu Recht erwähnt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der SPD)

Ich danke aber auch dem Ehrenvorsitzenden des Vereins Hochschulstadt Straubing, Herrn Dr. Hermann Balle, dem Verleger, der das medial begleitet hat und der mit der Gründung des Hochschulstadt-Vereins einen wesentlichen Beitrag geleistet hat, sowie den Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion, die uns immer unterstützt haben. Ich glaube, das ist für ganz Ostbayern wichtig, weil dadurch eine Lücke in der Hochschullandschaft Ostbayerns geschlossen wurde, die uns in Straubing früher sehr geschmerzt hat. Dass wir jetzt auch noch Universitätsstandort geworden sind, noch dazu mit dem exzellenten Ruf der TU München, ist natürlich ein besonderes Privileg.

Ich möchte auch der HSWT Danke sagen, die bei der Gründung des Wissenschaftszentrums von Anfang an Großes geleistet hat und ein enger und privilegierter Partner bleiben wird. Ich danke – da greife ich die Kritik vom Kollegen Roos auf – auch den anderen vier Hochschulen, der Uni Regensburg, der OTH Regensburg, der TH Deggendorf und der Hochschule Landshut, für die Partnerschaftlichkeit, die sie an den Tag gelegt haben.

Zur geäußerten Kritik will ich eines sagen: Sechs Entscheidungsträger, die etwas voranbringen sollen, waren für uns ein sehr schwieriges Konstrukt. Man wollte sie nicht ausbooten, sondern will weiter mit ihnen kooperieren. Ich bitte aber auch um Verständnis dafür, dass eine Hochschuleinrichtung, eine Universitätseinrichtung die Kreativität, die es vor Ort gibt, bündeln und möglichst schnell zu Entscheidungen kommen muss. Das war in der Praxis nicht einfach, weil jede der sechs Hochschulen natürlich geschaut hat: Wie passt das zu meinem örtlichen Angebot? Damit waren natürlich immer Friktionen gegeben. Trotz der guten Partnerschaft verliefen die Entscheidungen zu langsam. Jetzt haben wir eine schnellere Entscheidung. Wir haben örtliche Gremien mit weitgehender Eigenständigkeit, wenn es um die Berufung von Lehrpersonal und um die Studenten geht, die sich wegen des exzellenten Rufs der TU München und der HSWT für den Standort interessieren. Ich glaube, die Kombination ist hervorragend, um den Standort zu stärken, exzellente Forschung und Lehre zu bieten und natürlich auch die regionale Entwicklung voranzutreiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Hochschulstandorte sind nämlich auch ein wesentlicher Faktor der regionalen Entwicklung. Wir haben in Niederbayern und in Ostbayern allgemein viele gute Beispiele, wie sich Hochschulstandorte exzellent entwickelt haben. In diese Reihe wollen wir uns nahtlos einfügen. Dazu gehören, wie genannt, das Promotionsrecht, ein eigener Haushaltstitel – auch das ist sehr wichtig –, ein Rektor und ein Institutsrat, die vor Ort direkte Ansprechpartner sind und mit denen Partner etwas anfangen können, weil sie wissen, wie die Funktion und der Status jeweils sind. Dass wir ein eigenes Gesetz bekommen, das uns absichert, ist für uns besonders erfreulich. Es macht auch, wie gesagt, deutlich, dass all das, was hier in der Vergangenheit geleistet wurde, nun im Höhepunkt des TU-Campus gipfelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts der demografischen Entwicklung und der Tatsache, dass die Quote der Studierenden deutlich nach oben geht, sind wir darauf angewiesen, durch das Hochschulangebot junge Leute in der Region zu halten, aber auch gute junge Leute in die Region und den ländlichen Raum zu holen. Hier gab es über die Jahre hinweg eine gute Entwicklung. Ich nenne nur C.A.R.M.E.N., TFZ, Wissenschaftszentrum, Fraunhofer-Gesellschaft, NAWAREUM oder auch die angedachte Nutzung des Karmelitenklosters. Edmund Stoiber, Josef Miller, Helmut Brunner, Ilse Aigner und Markus Söder haben uns hier sehr unterstützt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie müssen auch noch alle anderen Namen aufzählen!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: – Nein, er hat keine Zeit mehr. – Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Josef Zellmeier (CSU): Damit beende ich es auch. Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns hat wirklich die ganze Staatsregierung unterstützt, und das muss an dieser Stelle gesagt werden. Sonst wäre es nicht gegangen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Lassen Sie uns die anderen Namen schriftlich zukommen!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Zellmeier. – Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Ich gebe jetzt bekannt, dass sich die Fraktionen darauf geeinigt haben, zur ursprünglichen Tagesordnung zurückzukehren. Das heißt, wir werden die Tagesordnungspunkte jetzt in der ordentlichen Reihenfolge – 3, 4, 5 und 6 – weiter abarbeiten und gehen momentan davon aus, dass wir diese Tagesordnungspunkte auch noch vor der Mittagspause erledigen können.